

Das Jahr der Entscheidungen – Die Bergbaugewerkschaft 1948

Wolfgang Jäger

Industrieverband Bergbau
Vorstand
gewählt in Herne am 9. 12. 46

1. Schmidt, Geng.	168	SPD
2. Agatz, Hilg.	165	K.P.
3. Mais, Franz (angstl.)	147	G.D.
Gutermuth, Gino.	187	SPD
Mattern, Alf.	185	K.P.
Schmidt, Walter	168	G.D.
Gorovey, Karl	167	SPD
Hertzfeld, Karl	166	K.P.
Rotthaus, Franz	161	G.D.
Becker, Karl	146	K.P.
Pietron, Fritz	144	SPD
SPD 5 KPD 3 G.D. 3		

Notiz über das Ergebnis der Vorstandswahlen auf der 1. Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau am 8./9. Dezember 1946 in Herne

„Nicht nachlassen! Vom Ego weg – und hin zur Gemeinschaft! Die Ruhrsozialisierung ist beschlossen“, titelte die „Bergbau-Industrie“, das Organ des Industrieverbandes Bergbau, in seiner 14. Ausgabe am 31. August 1948. Nimmt man die Schlagzeile beim Wort, dann war die Bergbaugewerkschaft

überzeugt, daß mit dem am 6. August beschlossenen Gesetz des Landtages von Nordrhein-Westfalen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nicht mehr rückholbar war. Die folgenden Monate sollten dann zeigen, daß sich diese Hoffnung nicht realisieren ließ. Jedoch harmonisierten die mit der Sozialisierungsforderung verknüpften kultur- und bildungspolitischen Bestrebungen auf gewerkschaftlicher Seite bestens mit den Zielen der im November 1947 gegründeten Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur im Bergbau e.V. Zum Jahr der Entscheidung für die Bergbaugewerkschaft wurde das Jahr 1948 mit der Neuwahl des Vorstandes, die den richtungspolitischen Streit entschied.

Die politischen Bestrebungen um eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft

Mit dem am 6. August beschlossenen Gesetz des Landtages von Nordrhein-Westfalen zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft schien sich ein Kreis zu schließen: War der Bergbau Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Auflösung des Direktionsprinzips aus der staatlichen

Regulierung in die freie Marktwirtschaft entlassen worden, so entstanden schon bald Verkaufskartelle, die das freie Spiel der Kräfte beseitigten. Die Konzentration der Montanindustrie in den Händen weniger privatkapitalistischer Unternehmen hatte ihnen eine nahezu monopolartige Stellung gegeben und übermäßigen politischen Einfluß beschert. Nach den Erfahrungen der Hitlerzeit und des Zweiten Weltkriegs wollte das deutsche Volk nicht, so hieß es in dem Organ des Industrieverbandes Bergbau am 31. August 1948, „daß sich [erneut] wirtschaftliche Machtzentren bilden, die eine politische Gefahr bedeuten. Die Bodenschätze und die Bergbauwirtschaft gehören in die Hände der Allgemeinheit.“ Und weiter war in dieser Zeitungsausgabe über das Düsseldorfer Sozialisierungsgesetz zu lesen: „Das Gesetz mag bergrechtliche oder juristische Schönheitsfehler haben. Das ist im gegenwärtigen Augenblick nicht entscheidend. Wichtig ist, daß die Landtagsabgeordneten fast geschlossen durch ausdrückliche Zustimmung zu dem Gesetzentwurf oder durch Stimmenthaltung [sic!] dem Grundgedanken des Gesetzes zugestimmt haben. Dieser Willenskundgebung können sich weder die deutsche Öffentlichkeit noch die Besatzungsmächte entziehen. Dieser Demonstration des Volkswillens wird auch Rechnung getragen werden müssen,



Die Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau vor der Neuwahl auf der 2. Generalversammlung am 28. November 1948 in Recklinghausen, von links: Franz Meis, August Schmidt, Willi Agatz

wenn eine dem Landtag von Nordrhein-Westfalen übergeordnete parlamentarische Körperschaft demnächst Gesetze zu erlassen hat, die den Erfordernissen der deutschen Bergbauwirtschaft gerecht werden und die auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind.“

Der Kommentar des Chefredakteurs verwies jedoch bei aller Emphase auf Problemlagen, die das politische Ziel des Industrieverbandes Bergbau gefährden konnten. Das Sozialisierungsgesetz hatte im nordrhein-westfälischen Landtag eine breite Mehrheit gefunden, aber von einer Geschlossenheit der Abgeordneten zu sprechen war schon gewagt. Während SPD, KPD und Zentrum dem Gesetz zustimmten, votierte die FDP dagegen, und die meisten CDU-Abgeordneten enthielten sich der Stimme. Daß es nur eine Gegenstimme in der von Konrad Adenauer geführten CDU-Landtagsfraktion gegeben hatte, war das Verdienst der christlichen Gewerkschafter im Industrieverband Bergbau, zu denen auch Johann Platte, der Chefredakteur der „Bergbau-Industrie“, gehörte. Bei der prekären Machtbalance von sozialdemokratischen, kommunistischen und christdemokratischen Gewerkschaftern in der gerade gegründeten Einheitsgewerkschaft mußte ein Ausscheren der CDU um jeden Preis verhindert werden¹.

Daß die Zeit gegen die Sozialisierung arbeitete, hatte die ein Jahr zuvor, am 2. August 1947, noch einmütig verabschiedete Entschließung des Düsseldorfer Landtages zur Regelung der Eigentumsverhältnisse im Bergbau gezeigt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich

noch alle Parteien im Landtag, sogar einschließlich der Liberalen, für eine gemeinwirtschaftliche Ordnung der Kohlenwirtschaft ausgesprochen².

War schon auf deutscher Seite die Front der Sozialisierungsbefürworter bröckelig geworden, so war die skeptische Haltung der Militärregierung bekannt. Seit der Zusammenführung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) Anfang 1947 überwog die sozialisierungskritische Haltung der amerikanischen Seite mit General Lucius D. Clay an der Spitze. Während die britische Seite bislang ihre Bereitschaft bekundet hatte, einer Umwandlung des Kohlenbergbaus in öffentliches Eigentum zuzustimmen – zumal selbst der Kohlenbergbau in England zum 1. Januar 1947 nationalisiert worden war –, hatte US-Militärgouverneur Clay schon im Dezember 1946 dem Sozialisierungartikel der hessischen Verfassung seine Zustimmung verweigert³.

Für die amerikanische Seite waren die vielfältigen Bestrebungen zur Eigentums- und Wirtschaftsumwandlung auf deutscher Seite mehr als fragwürdig, da sie zur Lösung der zentralen Aufgabe, nämlich der Produktionssteigerung, belanglos erschien. Zudem dominierte bei der amerikanischen Militärregierung die Überzeugung, daß die freie Unternehmervirtschaft gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsmodellen hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit schlicht überlegen war. Seitdem der amerikanischen Militärregierung aufgrund ihres starken finanziellen Engagements in der Bizone,

das die Übernahme fast aller finanziellen Lasten Großbritanniens einschloß, die Führungsrolle zukam, war eine Genehmigung des Sozialisierungsgesetzes durch die zuständige britische Militärregierung nicht zu erwarten⁴.

Dem Chefredakteur der „Bergbau-Industrie“ war dies bekannt, und seine Hinweise auf eine „übergeordnete parlamentarische Körperschaft“, die „demnächst Gesetze zu erlassen hat“, nahmen die Stellungnahme des britischen Militärgouverneurs General Robertson schon vorweg. In derselben Ausgabe der Gewerkschaftszeitung, die auf der Titelseite den Beschluß zur Ruhrsozialisierung feierte, findet sich im hinteren Teil die ernüchternde Mitteilung: „Ablehnung des Sozialisierungsgesetzes. Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß der Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen seine Zustimmung zu dem Sozialisierungsgesetz nicht gegeben hat. In seinem Briefe an den Landtagspräsidenten Gockeln begründete Herr Generalmajor Bishop diesen Entschluß mit dem Hinweis darauf, daß die Kohlenbergwerke zum nationalen Vermögen gehören und Eigentumsübertragungen Sache aller deutschen Länder seien. Er spricht dabei die Hoffnung aus, daß in naher Zukunft eine repräsentative parlamentarische Organisation bestehen wird, die die Befugnis zur Regelung der Sozialisierung besitzt. Bei der bekannten grundsätzlichen Einstellung der britischen Regierung ist anzunehmen, daß die Versagung der Zustimmung in der Hauptsache auf formelle Bedenken zurückzuführen ist.“

Eine Entscheidung in der Eigentumsfrage war damit vertagt und, wie sich später herausstellen sollte, eine Neuregelung der Eigentumsverhältnisse in gemeinwirtschaftlichem Sinne verhindert.

Der Gemeinschaftsgedanke als gesellschaftskulturelles Grundprinzip

Bei der Sozialisierung ging es jedoch nicht nur um die zukünftigen Machtverhältnisse im Bergbau, sondern vielmehr um ein gesellschaftskulturelles Grundprinzip: „Im Geistes- und Wirtschaftsleben der Völker wird der Zug zur Gemeinschaft immer deutlicher spürbar. Die Menschen wollen weg von dem selbstsüchtigen Denken und Handeln. Mag diese Strömung auch überdeckt sein von den Folgen der Hungerjahre, die

hinter uns liegen, der Wille zur echten Gemeinschaftsbildung ist unverkennbar vorhanden. Diese Erkenntnis sollte uns alle mutig und hoffnungsfroh machen. ... In einer gemeinschaftsfreudigen Umwelt kann es auf Dauer keine deutsche kapitalistische Insel geben“, meinte der Chefredakteur der „Bergbau-Industrie“⁵.

Was mit „gemeinschaftsfreudiger Umwelt“ gemeint war, blieb an dieser Stelle unausgesprochen. Für die kommunistischen Gewerkschafter im Industrieverband Bergbau mochte die Assoziation mit den Entwicklungen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands naheliegen. Schon im Dezember 1945 waren der sächsische Kohlenbergbau verstaatlicht und mit dem Volksentscheid in Sachsen vom Juli 1946 die entschädigungslose Enteignung zahlreicher weiterer Unternehmen legitimiert worden⁶.

Darüber schrieb die „Bergbau-Industrie“ jedoch mit keinem Wort. Für die sozialdemokratischen und christdemokratischen Bergbaugewerkschafter besaßen die Entwicklungen in der östlichen Besatzungszone wahrlich keinen Vorbildcharakter. Die seit 1946 bestehende IG Bergbau im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der sowjetisch besetzten Zone war in der Sicht August Schmidts, des Ersten Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau, ein Anhängsel der sowjetkommunistischen Besatzungsmacht⁷.

Die diktatorische Herrschaft der SED-Kommunisten, die im Auftrage und mit Unterstützung der sowjetischen Militärmacht regierten, war nicht nur für August Schmidt völlig indiskutabel. Trotzdem äußerte sich die Verbandszeitung in keiner Ausgabe des Jahres 1948 zu den Verhältnissen in der Ostzone, was ansonsten nur den Protest der kommunistischen Gewerkschafter um Willi Agatz, dem Zweiten Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau, hervorgerufen hätte.

Das englische Vorbild

Als Vorbild für die Veränderungen im westdeutschen Bergbau und als das Exempel für die „gemeinschaftsfreudige Umwelt“ wurde in der „Bergbau-Industrie“ immer wieder das englische Beispiel der Verstaatlichung der Kohlengruben bemüht. Die von der Labour-Regierung verwirklichte Verstaatlichung hatte nicht nur den Lebensstandard der britischen Bergleute verbessert, wie der Vizepräsident des britischen Bergarbeiterverbandes auf der Zweiten Generalversammlung des Industrieverbandes



2. Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau in Recklinghausen

Bergbau am 28. November 1948 in Recklinghausen berichtete, sondern mit der Verstaatlichung sei „das private Motiv herausgenommen und beseitigt worden“, wie es im Protokoll heißt⁸. Die Bergleute in England arbeiteten nicht mehr für eine kapitalistische Gesellschaftsordnung, sondern für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen.

Was die Führung des Industrieverbandes Bergbau 1948 vor allem beunruhigte, waren die Tendenzen zur Entsolidarisierung in der Bergarbeiterschaft, für die „das private Motiv“ verantwortlich gemacht wurde. Wenn man die Leitartikel und Berichte der „Bergbau-Industrie“ dafür als Maßstab nehmen darf, kann daran kein Zweifel bestehen. Die Zeitung des Industrieverbandes Bergbau für die britische Zone war erstmalig am 15. Februar 1948 mit einer bescheidenen Auflage von 50 000 Exemplaren bei einer Mitgliedschaft

Tisa von der Schulenburg: England 1936



von 437 000 Bergleuten erschienen. Die weiteren Ausgaben erfolgten im vierzehntägigen Rhythmus, wobei die Auflagenhöhe im August 1948 auf 200 000 gesteigert werden konnte⁹.

Der Titel der Zeitung knüpfte an den Namen der „Bergarbeiterzeitung“ des sozialdemokratisch ausgerichteten Alten Verbandes von vor 1933 an, die seit 1929 den Namen „Die Bergbau-Industrie“ trug. Allerdings mußte die nunmehrige „Bergbau-Industrie“ dem schwierigen einheitsgewerkschaftlichen Proporz in der neuen, im Dezember 1946 für die britische Zone gegründeten Gewerkschaft Rechnung tragen. Lizenzträger waren der ehemalige Zweite Vorsitzende des Alten Verbandes, August Schmidt, und der ehemalige Zweite Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Franz Rothhäuser. Die Schriftleitung hatte der christdemokratische Gewerkschafter Johann Platte inne, der später von 1954 bis 1956 im dritten Kabinett des CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold das Amt des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers bekleidete. Ferner mußte die „Bergbau-Industrie“ der starken kommunistischen Gruppe im Industrieverband Bergbau Rechnung tragen, die bis Ende 1948 im Vorstand führend vertreten war.

Tisa von der Schulenburgs Berichte

Schon in der ersten Ausgabe der vorerst noch vierseitigen „Bergbau-Industrie“ vom 15. Februar 1948 erschien ein seitenfüllender Artikel von Tisa von der Schulenburg. Die späterhin überaus bekannte Künstlerin, die sich besonders den Bergleuten verbunden fühlt und heute 95-jährig im Ursulinenkloster in Dorsten lebt¹⁰, überschrieb ihren Beitrag: „Kameradschaft – Das Gesetz unserer Zeit. Englisches Bergarbeitergebiet 1937 – Deutsches Revier 1947“.

Tisa von der Schulenburg berichtete von ihren Besuchen im nordenglischen Kohlenrevier 1936 bis 1938. Die Provinz Durham war damals von großer Arbeitslosigkeit und Verarmung geprägt, die seit dem eineinhalbjährigen gescheiterten Streik von 1926 den abgelegenen nördlichen Teil Englands erfaßt hatte. Trotz der jahrelangen Not und Perspektivlosigkeit der Bergleute und ihrer Familien, so berichtete Tisa, war die Kameradschaft erhalten geblieben und sie erlebte eine „Gemeinschaft, die in Gefahr und Not geboren“ war und „die standhielt“. Vor allem die von außen kommenden kulturellen Angebote, für die als Veranstaltungsorte eigens zahlreiche

Clubhäuser aus Spendenmitteln gebaut worden waren, hätten den Gemeinsinn gerettet. Durch Schulungskurse, Lehrgänge, Handwerksunterricht, Schauspiel, Sprache, Geschichte seien Menschen aus ihrer Apathie gerissen und Möglichkeiten zur Weiterbildung gegeben worden. Ein besonderes Verdienst hätten sich dabei Studenten erworben, die freiwillig in die Krisenregion gekommen waren und die die Kulturarbeit begonnen hatten. Die „Solidarität zwischen dem Gebildeten und dem Arbeiter“ war, so die Darstellung der Künstlerin, zur Tat geworden.

Mag der hier kurz referierte Bericht überaus idealisierend und überhöht wirken, das so rezipierte englische Beispiel stand im krassen Gegensatz zur Wirklichkeit im Ruhrbergbau 1947, die Tisa von der Schulenburg folgendermaßen charakterisierte:

„Und nun soll ich reden und von meinem Eindruck im Ruhrgebiet erzählen. Und gar vergleichen! Mein Gott, ich will mir ja gar nicht klarmachen, was für eine Hölle unser Nachkriegs-Deutschland ist. Oder sagen wir lieber, unser Nach-Hitler-Deutschland. Hier haben Menschen, denen man alle materiellen Vorteile der Welt versprach, ihre Seele, teils freiwillig, teils gezwungen verkauft. Nun gab es einen Zusammenbruch sondergleichen, und größer als die materielle Not ist die seelische Verlorenheit. Jeder denkt nur an sich. Jeder schiebt, schmiert, kompensiert. Hier im Revier gibt es mehr zu schieben und so wird auch mehr geschoben. Und Kameradschaft, Freundschaft, Treue? Man braucht nur einen Tag in einem Betriebsratszimmer verbracht zu haben, um zu wissen, wie es um unser Volk steht. Das ist das gleiche in Hamburg wie im Ruhrgebiet. Einer mißtraut dem anderen. Einer mißgönnt dem anderen. Ein Kamerad zeigt den anderen an. In blinder Gier drängt sich alles dazu, wie eine Herde toll gewordener Schafe, wenn etwas verteilt wird. Fassungslos sehen einige der Älteren diesem Schauspiel zu. Mit Verzweiflung, die dem Haß und dem Anarchismus nahe ist, stehen die Jungen, die Heimatlosen da, sie trumpfen auf und fordern. Ihnen ist nur eins gemeinsam, daß sie an nichts mehr glauben. Den Betriebsräten liegt eine Aufgabe ob, die die geistige Haltung eines Beichtvaters, eines Priesters voraussetzt. Es sind auch unter ihnen einige, die kompensieren und aus der Not ihrer Kameraden ein Verdienst für sich machen. Und dabei müssen wir doch alle aus dieser Hölle heraus. Wir müssen zu den primitivsten Formen der menschlichen Gesellschaft zurückfinden, wenn wir je wieder hochkommen wollen. Wir müssen uns dazu

bereitfinden, Kameradschaft, Hingabe, Hilfsbereitschaft als das höchste Gesetz unserer Tage anzuerkennen. Wir müssen die Idee in unserem Leben verwirklichen, daß Geld, Sättigung, Wohnung, Kleidung nicht allein wichtig ist. Ja, um der Idee willen müssen wir es lernen, auf so manche Bequemlichkeit zu verzichten. Denn diese Not ist über uns gekommen, weil uns das Brot wichtiger war als der Glaube an Recht und Gerechtigkeit, an die Würde des Menschen und an seine göttliche Verpflichtung.“

Zwei Gewerkschaftsführer in den Anfangsjahren der Bundesrepublik: Hans Böckler und August Schmidt



Organisationspolitik und Arbeiterbildung als solidaritätsstiftende Faktoren

So drastisch die Schilderung von Tisa von der Schulenburg auch war, sie beschrieb eine Situation, die sich für die Bergbaugewerkschaft vor allem aus zwei Gründen ergab. Zum einen hatte die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft vor allem junge Menschen ihren Herkunftsmilieus entfremdet und die Reproduktion der traditionellen Bergarbeitermilieus verhindert¹¹. Für junge Bergarbeitersöhne war gewerkschaftliche Solidarität keine Selbstverständlichkeit mehr, die man im Betrieb erlernt hatte. Zum anderen strömten zehntausende Bergfremde, überwiegend jüngere Neubergleute, an die Ruhr, für die die bessere materielle Versorgung der Bergbaubeschäftigten den Ausschlag für ihren Berufswechsel gegeben hatte¹².

Die Bedrohung für die Bergbaugewerkschaft lag auf der Hand. Individuelle materielle Anreize zur Steigerung der Kohleförderung, wie sie von der Militärregierung mit der Einführung des Punktesystems Anfang 1947 beabsichtigt waren, mußten auf positive Resonanz

stoßen und schließlich den gewerkschaftlicherseits behaupteten Zusammenhang von Produktionssteigerung und Sozialisierung widerlegen. Und in der Tat zeigte sich, daß mit dem Punktesystem, den folgenden Care-Paket-Zuteilungen und dem Importkaufmarkensystem die Produktionssteigerung gelang, weil für viele Bergleute und vor allem die Neubergleute Speck eben wichtiger als Sozialisierung war. Das Anreizsystem im Bergbau – der Marshall-Plan im Kleinform, wie Ulrich Borsdorf es genannt hat¹³ – untergrub die gewerkschaftliche Forderung nach Strukturreform, weil die Bergbaugewerkschaft trotz beeindruckender Mitgliedszahlen die Bergleute in der Sozialisierungsforderung nicht wirklich hinter sich wußte.

Die innere Geschlossenheit der Bergarbeiterbewegung mußte deshalb zuallererst zurückgewonnen werden, was sich in vielen organisationspolitischen Bemühungen ausdrückte.

Den Neubergleuten wurde mit der Einrichtung einer eigenen Abteilung in der Hauptverwaltung der Gewerkschaft besondere Aufmerksamkeit geschenkt¹⁴. Die in Lagern untergebrachten Neubergleute sollten Ausschüsse wählen, die die Verbindung zu den Betriebsräten hielten. Ferner wurden kulturelle Veranstaltungen durchgeführt. Worum es ging war klar: „Die Kollegen sollen heimisch werden an der Ruhr. ... Aus den jungen Kameraden sollen vollwertige Bergleute werden.“¹⁵ Die Integration der Neubergleute war auch deshalb notwendig, weil sie mit ihrer individuellen leistungsorientierten Arbeitseinstellung die noch verbliebenen Reste bergmännischer Gruppenarbeit und Gruppenentlohnung, das Kameradschaftsgedinge, zugunsten des Einzelgedinges ablehnten. Dies schuf Konfliktlinien innerhalb der Bergarbeiterschaft, die die Gewerkschaft nicht unberührt lassen durften¹⁶.

Hinzu kam in der „Bergbau-Industrie“ der ständige, etwas hilflos wirkende Appell, gewerkschaftliche Solidarität zu beweisen. In der Ausgabe zum 1. Mai wählte man die Form eines offenen Briefes, in der ein gestandener Gewerkschafter seinem zweifelnden Freund die Notwendigkeit der Sozialisierung erklärte. Dies war geboten, weil „ein Teil unserer Kollegen, verlockt durch die Zuteilungen an Genußmitteln, ihre Aufmerksamkeit vielmehr auf diese Vorteile richtet als auf diese grundsätzliche Frage, die einer Lösung bedarf.“ Die Zeitung berichtete ferner von der vorbildlichen Kameradschaft unter der Belegschaft der Zentral-Kokerei Prosper in Bottrop, wo die am schlechtesten bezahlten Rottenarbeiter anlässlich einer

Sonderzuteilung angeregt hatten, die von der Zuteilung ausgeschlossenen kranken Kollegen durch freiwillige Spenden mitzuunterstützen. Für den Einsender dieses Berichtes stand fest: „Eine solche Kameradschaft wird sich besonders dann auswirken, wenn es gilt, gewerkschaftliche Kämpfe durchzuführen und sollte alle Belegschaften anregen, im gleichen Sinne Kameradschaft zu pflegen.“¹⁷

Auch die Arbeiterbildung sollte ihren Beitrag leisten. Dafür mußten überschaubare Ortsgruppen anstelle der übergroßen Betriebsgruppen als gewerkschaftliche Basisorgane treten. Nur in den Ortsgruppen konnten eine Schulung und Bildung der Mitglieder durchgeführt werden, die sie mit dem „Gedankengut der Gewerkschaften“ vertraut machte.¹⁸

Mit der Mitte 1948 eröffneten Sozialakademie Dortmund verband sich die Zuversicht, den durch die Nazi-Zeit spürbaren Mangel an gut ausgebildeten Spitzenfunktionären allmählich beseitigen zu können. Von Gewerkschaftsseite hoffte man, daß „ein ganz neuer, aber den Erfordernissen unserer Zeit notwendig entsprechender Menschentyp gebildet und geformt [werde]: der sozial verantwortliche, – selbständig denkende Mensch.“¹⁹

Bergmännische Traditionspflege und Kultur als gewerkschaftliche Bestrebungen und die Ziele der VFKK

Mit diesen kultur- und bildungspolitischen Bemühungen von gewerkschaftlicher Seite harmonierten die Ziele der am 24. November 1947 gegründeten Vereinigung der Freunde von Kunst und Kultur im Bergbau e.V. (VFKK) bestens. In der Ausgabe der „Bergbau-Industrie“ vom 31. Mai 1948 warb der Direktor des Bochumer Bergbau-Museums und Vorstandsvorsitzende der Vereinigung, Dr.-Ing. Heinrich Winkelmann, für die Mitgliedschaft in der Institution, die sich die „Hebung des Bergmannsstandes von der kulturellen Seite aus“ zur Aufgabe gestellt hätte. Der Bergmann, so Winkelmann, müsse wieder am kulturellen Leben des Volkes teilnehmen, und wenn der Bergmann aufgrund widriger Umstände nicht zur Kultur kommen könne, dann müsse die Kultur eben zum Bergmann kommen.

Wörtlich führte Winkelmann dazu aus: „Es ist also beabsichtigt, hochwertige Veranstaltungen in den Bergmanns-



Arbeitstagung in Gelsenkirchen am 28. September 1948

Wohngebieten abzuhalten, und zwar soll es sich dabei sowohl um Konzerte und Vorlesungen, als auch um Ausstellungen u.s.w. handeln.“ Ferner werde die Vereinigung „der bergmännischen d.h. der von Bergleuten ausgeübten Volkskunst ihre ganze Aufmerksamkeit widmen.“ Auf den Zechen sollten Listen ausgelegt werden, um viele Bergleute als Mitglieder für die Vereinigung zu gewinnen.

Die Bergbaugewerkschaft wußte um die gemeinschaftsbildende Kraft bergmännischer Traditionspflege und Kultur und dürfte sich von der von ihr mitunterstützten Vereinsgründung einen Beitrag zum Zusammenwachsen der sozialkulturell arg verworfenen Bergarbeiter-schaft versprochen haben. Jedoch war man wohl überzeugt, daß alle diese auf Gemeinschaftsbildung bedachten Bemühungen letztlich nicht erfolgreich sein konnten, wenn das kapitalistische Konkurrenz- und Leistungsprinzip bestehen bleiben sollte. Die Forderung nach Sozialisierung des Ruhrbergbaus zielte deshalb nicht nur auf eine Änderung der Besitzverhältnisse, die Abschaffung der privatrechtlichen Montan- und Bergbauunternehmen, sondern sie besaß gleichsam eine volkspädagogische Seite, der die „Bergbau-Industrie“ besondere Beachtung schenkte. „Vom Ego weg – und hin zur Gemeinschaft“, dies konnte nur gelingen, wenn „das private Motiv“ aus dem Wirtschaftsleben beseitigt wurde. Der Mangel an Kameradschaft und gewerkschaftlicher Solidarität, so die Überzeugung der Verbandszeitung, war neben den Verwüstungen der nationalsozialistischen Zeit gerade den auf die individuelle Lei-

stung zielenden Anspornsystemen im Bergbau geschuldet, die einen Vorgeschmack auf die Restauration des Kapitalismus gaben.

Das Jahr der Entscheidung für die Bergbaugewerkschaft

Daß Marktprinzip und freies Unternehmertum auch in einer sozial regulierten Variante Wirklichkeit werden sollte, ist damals auf gewerkschaftlicher Seite von niemandem für möglich gehalten worden. Die Zustimmung der Gewerkschaften zum Marshall-Plan, die von den Kommunisten in der Einheitsgewerkschaft massiv bekämpft wurde, entsprach vielmehr einer realistischen Einschätzung des sich immer weiter verschärfenden Kalten Krieges zwischen Ost und West. „Der eiserne Vorhang, der den Osten vom Westen scheidet,“ so der DGB-Vorsitzende Hans Böckler, „ist schon um vieles älter als der Marshall-Plan. Der Marshall-Plan macht die Kluft nur deutlicher sichtbar.“²⁰

Daß mit der amerikanischen Wirtschaftshilfe und der Währungsreform Ludwig Erhards vom 20. Juni 1948 die Weichen für eine marktwirtschaftliche Ordnung endgültig gestellt waren, wird den Zeitgenossen bewußt gewesen sein, auch wenn man es in den Reihen der Gewerkschafter selbst nicht wahrhaben wollte. Die „Bergbau-Industrie“ gab sich der Hoffnung hin, daß die

Sozialisierung „auch im Rahmen des Marshall-Planes verwirklicht werden könnte“²¹.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Gewerkschaften 1948 viel mehr Getriebene der Entwicklungen waren, denn als Akteure mitgestalten konnten²². Dies galt vor allem auch für die IG Bergbau der britischen Zone, die durch die innerverbandlichen Konflikte zwischen sozialdemokratischen und christdemokratischen Gewerkschaftern auf der einen und kommunistischen Gewerkschaftern auf der anderen Seite nahezu gelähmt war. So war ihre Beteiligung an der im November 1947 von der Militärregierung eingesetzten Deutschen Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) höchst umstritten. Während die sozial- und christdemokratische Richtung eine Gesamtleitung für den Bergbau an Rhein und Ruhr trotz der beschränkten gewerkschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten als prinzipiellen Fortschritt erachtete, wurde sie von kommunistischer Seite als falsche Weichenstellung strikt abgelehnt²³.

Konnte schon in zentralen, den Bergbau direkt berührenden Themen keine innergewerkschaftliche Einheit erzielt werden, so verzichtete die IG Bergbau in der veröffentlichten Meinung in vielen wichtigen Fragen auf ihr politisches Mandat. Die Ursachen und Gründe des Ost-West-Konfliktes, die Berlin-Blockade, die beginnende Weststaatsgründung von den Frankfurter Dokumenten bis zur Einberufung des Parlamentarischen Rates zur Erarbeitung des Grundgesetzes am 1. September 1948, nichts von dem findet sich 1948 in der „Bergbau-Industrie“ im ersten Jahrgang ihres Erscheinens.

Zum Jahr der Entscheidung für die IG Bergbau selbst wurde das Jahr 1948 erst mit dem Zweiten Verbandstag in Recklinghausen vom 28. November bis zum 1. Dezember. Er begann mit dem Versuch der kommunistischen Gewerkschafter, die Generalversammlung für die britische und amerikanische Zone zum Vereinigungsverbandstag aller deutschen Bergarbeiter zu erklären, was aufgrund der Stärke der IG Bergbau der Ostzone die kommunistische Dominanz in der gesamtdeutschen Bergbaugewerkschaft bedeutet hätte. Der Verbandstag endete jedoch mit der Abwahl der kommunistischen Gewerkschafter im Vorstand der IG Bergbau Westdeutschlands, eine Hoffnung, die der Chefredakteur der „Bergbau-Industrie“ zuvor in geschickter Art und Weise zum Ausdruck gebracht hatte: „Es war ein kühner Sprung, mit dem wir nach dem Zusammenbruch in der deutschen Gewerkschaftseinheit landeten. Um der Bergleute willen müssen unsere Dele-

gierten dieser sprunghaft erzielten Einheit in Recklinghausen das feste Fundament geben.“²⁴

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rudzio 1979, S. 384.
- 2 Vgl. Abelshauser 1984, S. 25 f.
- 3 Vgl. Kleßmann 1986, S. 110-113.
- 4 Vgl. Abelshauser 1984, S. 20-29.
- 5 Die Bergbau-Industrie, 31.08.1948.
- 6 Vgl. Judt 1998, S. 90.
- 7 Vgl. 2. Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau vom 28. November bis 1. Dezember 1948 in Recklinghausen. Protokoll, hrsg. v. Hauptvorstand d. IG Bergbau, Bochum 1949, S. 48.
- 8 Ebd., S. 27.
- 9 Vgl. Die Bergbau-Industrie, 15.02. und 15.08.1948.
- 10 Ausführlich über ihr Leben und Werk vgl. Tisa – Elisabeth von der Schulenburg „Menschen vor Ort“, Ausstellungskatalog des Deutschen Bergbau-Museums Bochum, Bochum 1977.
- 11 Vgl. Jäger 1996, S. 58.
- 12 Ausführlich vgl. Roseman 1992, S. 279-298.
- 13 Borsdorf 1979, S. S. 361, vgl. neuerdings Kroker 1995, S. 16-45.
- 14 Die Bergbau-Industrie, 15.02.1948.
- 15 Ebd., S. 13.
- 16 Jantke 1953, S. 42-52.
- 17 Die Bergbau-Industrie, 31.07.1948.
- 18 Jäger 1997, S. 171.
- 19 Die Bergbau-Industrie, 31.07.1948.
- 20 Protokoll Außerordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone vom 16.-18. Juni 1948 in Recklinghausen, Köln o. J., S. 39.
- 21 Die Bergbau-Industrie, 15.04.1948.
- 22 Beier 1975, S. 16-24.
- 23 2. Generalversammlung (Anm. 7), S. 102-104 (Willi Agatz).
- 24 Die Bergbau-Industrie, 15.08.1948, vgl. dazu auch Jäger 1992, S. 363-368.

Bibliographie

- ABELSHAUSER, Werner:
1984 Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.
- BEIER, Gerhard:
1975 Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948. Im Zusammenhang (mit) der parlamentarischen Entwicklung Westdeutschlands, Frankfurt (Main)/Köln 1975.
- BORSDORF, Ulrich:
1979 Speck oder Sozialisierung? Produktionssteigerungskampagnen im Ruhrbergbau 1945-1947, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 345-366.
- JÄGER, Wolfgang:
1992 Lohn der Mühen: Einheitsgewerkschaft und Montanmitbestimmung.

Gewerkschafter der Ersten Stunde im Steinkohlenbergbau, in: Peter Friedemann/Gustav Seebold (Hrsg.): Struktureller Wandel und kulturelles Leben. Politische Kultur in Bochum 1860-1990, Essen 1992, S. 363-374.

- 1996 Bergarbeitermilieus im Wandel, in: Rainer Bovermann u.a. (Hrsg.): Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946-1996, Essen 1996, S. 44-62.
- 1997 Ortsgruppen und Vertrauensleute – eine unendliche Geschichte. Zur Organisationspolitik der Gewerkschaften Bergbau, Chemie, Leder 1950 bis 1980, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Ein neues Band der Solidarität. Chemie-Bergbau-Leder. Industriearbeiter und Gewerkschaften in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1997, S. 167-185.
- JANTKE, Carl:
1953 Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute, Tübingen 1953.
- JUDT, Matthias:
1998 Aufstieg und Niedergang der „Trabi-Wirtschaft“, in: ders. (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998.
- KLESSMANN, Christoph:
1986 Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 4., erg. Aufl. Göttingen 1986.
- KROKER, Evelyn (Hrsg.):
1995 „Wer zahlt die Zeche?“ Plakate und Flugblätter aus dem Bergbau-Archiv Bochum, Bochum 1995.
- ROSEMAN, Mark:
1992 Recasting the Ruhr, 1945-1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations, New York/Oxford 1992.
- RUDZIO, Wolfgang:
1979 Das Ringen um die Sozialisierung der Kohlewirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 367-388.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Wolfgang Jäger
Bildungszentrum Haltern am See
der Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie
Hullerner Str. 100
D-45721 Haltern